

Antworten der LINKEN. Hamburg, Wahlprüfsteine des Lesben- und Schwulenverbandes Deutschland zur Bürgerschaftswahl 2015

1. 1. Aktionsplan gegen Homo- und Transphobie

Diskriminierung im Alltag ist noch nicht überwunden. Viele Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle (LSBTI) berichten von Anfeindungen in der Öffentlichkeit, von Benachteiligungen in der Arbeitswelt, aber beispielsweise auch über Ausgrenzung auf dem Mietwohnungsmarkt. Immer wieder gibt es auch gewaltsame Übergriffe. Homo- und transphobe Gewalt richtet sich jedoch nicht nur gegen LSBTI, sondern auch gegen all jene, denen eine Zugehörigkeit zu dieser gesellschaftlichen Gruppe zugeschrieben wird. Der Kampf gegen LSBTI- Feindlichkeit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Alle Institutionen und gesellschaftlichen Gruppen sind aufgerufen, sich daran zu beteiligen. Wir brauchen in Hamburg daher einen Aktionsplan für Vielfalt und Akzeptanz, entsprechende Programme und gezielte Präventionsmaßnahmen, um die Arbeit für Respekt nachhaltig zu fördern. Solche Aktionspläne gibt es in immer mehr Bundesländern.

Fragen:

- 1.1. Werden Sie einen Aktionsplan gegen Homo- und Transphobie verabschieden? Wenn ja, welche Maßnahmen zur Bekämpfung von LSBTI-Feindlichkeit im Alltagsleben sollen darin enthalten sein?**
- 1.2. Wie wollen Sie die besondere Situation von Schwulen, Lesben und Transgendern bei Programmen zur Gewaltprävention und zur Opferhilfe berücksichtigen?**
- 1.3. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass es hauptamtliche Ansprechpartner/innen für homo- und transphobe Hasskriminalität bei der Hamburger Polizei und Staatsanwaltschaft gibt?**

Antwort:

Die LINKE steht für eine aktive Präventions- und Aufklärungsarbeit. Hierzu gehört auch die Verstärkung der Bildungsarbeit zu dem Thema Gewalt gegen Gewalt gegen Queers bei der Hamburger Polizei. Deweiteren setzt sich die LINKE bereits präventiv gegen Homo- und Transphobie durch eine Initiative sexuelle Vielfalt an Schulen in Hamburg ein. Und sie setzt sich für den Ausbau von Einrichtungen ein, die gegen Diskriminierungen arbeiten. Ein Aktionsplan gegen Homo- und Transphobie kann hierzu einen besonderen Beitrag leisten und wird daher von uns unterstützt.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Situation von LSBTI bei Gewaltprävention und Opferhilfe durch spezielle AnsprechpartnerInnen, die Fortbildung der dortigen Fachkräfte und eine Informationskampagne berücksichtigt wird.

12. Januar 2015

Die Polizei in Hamburg hat mittlerweile vier Ansprechpartner_innen, die bei Gewaltdelikten gegen LGBTIQ+-Menschen zuständig sind, eingerichtet und deren Kontaktinformationen veröffentlicht.

Im Hinblick auf die Staatsanwaltschaft wird sich nach unseren Informationen auf Basis der Nachfrage bei einer der Ansprechpartner_innen bei der Polizei gerade bemüht Ansprechpartner_innen bei der Staatsanwaltschaft für Hamburg einzurichten. In Berlin gibt es das schon. In jedem Fall bemühen wir uns um eine baldige Einrichtung, sollte sich abzeichnen dass sich das verzögert.

2. Schul- und Bildungspolitik/Jugend- und Altenarbeit

Die selbstverständlich und gleichberechtigte Behandlung und Thematisierung von LSBTI-Lebensweisen müssen ein fester Bestandteil in den Unterrichtsplänen aller Schularten und in der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften sein. Das pädagogische Personal muss offensiv und kompetent über LSBTI-Lebensweisen aufklären und bei Mobbing intervenieren können. Gleiches gilt für die Jugendhilfe und Jugendarbeit etwa im Bereich Freizeit und Sport. LSBTI- Jugendlichen muss es möglich sein, ohne Mobbing zu ihrer Identität zu finden und dies auch offen leben können. Es bedarf auch der Hilfe zur Selbsthilfe für Projekte von älteren LSBTI. Auf die spezifischen Bedürfnisse dieser Menschen, die oft zusätzlich eine individuelle Diskriminierungs- und Verfolgungsgeschichte haben, muss im Bereich Alten- und Pflegearbeit eingegangen werden.

2.1. Werden Sie die Aufklärungs- und Respektarbeit an Schulen unterstützen? Wenn ja, wie?

2.2. Streben Sie die Aufnahme von LSBTI-Themen in die Unterrichtspläne aller Schularten an und werden Sie sich dafür einsetzen, dass LSBTI-Themen in den unterrichtsbegleitenden Materialien und Schulbüchern vorkommen?

2.3. Werden Sie dafür sorgen, dass LSBTI-Themen Eingang in die pädagogische Aus- und Fortbildung von Lehrkräften finden? Wenn ja, wie?

2.4. Wie wollen Sie die Träger der Jugendhilfe und Jugendarbeit (u. a. Sportverbände) bei der Sensibilisierung für LSBTI-Feindlichkeit unterstützen und fördern?

2.5. Beabsichtigen Sie durch entsprechende Angebote und Beratungsmöglichkeiten LSBTI-Jugendliche in ihrem Coming-out-Prozess zu unterstützen und finanziell zu fördern? Wenn ja, wie?

2.6. Beabsichtigen Sie, den Bedürfnissen älterer und pflegebedürftiger LSBTI nachzukommen? Wenn ja, wie?

Antwort:

Der Schule kommt eine besondere Bedeutung in der Aufklärung über homosexuelle Lebensweisen zu. Die Themen müssen fächerübergreifend und ohne Tabuisierung behandelt werden. Informationen über

12. Januar 2015

Homosexualität und Transsexualität müssen in die Lehrpläne und Unterrichtsmaterialien der Schulen und auch der Integrationskurse aufgenommen werden.

Insbesondere die Schulbücher dürfen zu Homosexualität und Transgeschlechtlichkeit nicht länger schweigen. Hetero-, Bi-, Homo-, Trans- und Intersexualität sind als gleichwertige Ausdrucksformen menschlichen Empfindens und der sexuellen Identität zu behandeln. Dabei soll er auch die Vernetzung von Schulaufklärungsprojekten unterstützen, Fortbildungsmaßnahmen, die Entwicklung von Aufklärungsmaterial, Vernetzungsstrukturen und Forschung zur Situation von LSBTI-Jugendlichen fördern.

Der Coming Out-Beratung kommt eine besondere Bedeutung zu. Nicht nur an den Schulen, auch in den Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit in Hamburg müssen hierzu spezifische Angebote von geschulten Fachkräften geschaffen werden. Dazu sollte in Zusammenarbeit mit den Fachverbänden ein Angebot geschaffen und finanziert werden.

Jugendverbänden und auch dem Sport kommt eine besondere Rolle beim Kampf gegen Diskriminierung, Homophobie und Transphobie zu. JugendleiterInnen und TrainerInnen sollten hierzu geschult und fortgebildet werden. Kooperationsprojekte in diesem Bereich sollten gefördert werden.

*Die LINKE würde es unterstützen, die spezifischen Interessen von älteren LGBT*1 auch im Landes-Seniorenbeirat durch eine fachkundige Seniorin oder einen fachkundigen Senioren vertreten werden. Das Senioren-Mitwirkungsgesetz böte hierfür die Möglichkeiten. Daneben ist es aber genauso wichtig, dass sich die Interessenvertretungen der LGBT*1 mit regelmäßigen Angeboten, vor allem auch dezentral in den Bezirken, an Seniorinnen und Senioren wenden.*

Die LINKE setzt sich dafür ein, dass Aus- und Fortbildung im Bereich der Altenpflege und Altenhilfe so ausgestaltet werden, dass die besondere Lebenssituation von älteren Lesben und Schwulen bei der Pflege und Altenhilfe berücksichtigt wird. Weiter setzen wird uns für die Förderung spezifischer Wohnprojekte für ältere Lesben und Schwule ein.

12. Januar 2015

3. Regenbogenfamilien in Hamburg

Immer mehr Kinder wachsen in Regenbogenfamilien auf. Ihre und die Bedürfnisse ihrer Eltern werden häufig ignoriert, in Verwaltung und im Alltag treffen sie oftmals auf Unsicherheit, Ignoranz oder auch Ablehnung.

3.1. Werden Sie Beratungseinrichtungen für Regenbogenfamilien einrichten?

3.2. Was wollen Sie dafür tun, um das Bewusstsein für einen sach- und zeitgemäßen Umgang mit Regenbogenfamilien in den Hamburger Institutionen der Familienplanung bzw. -hilfe oder des Familienalltags zu fördern?

3.3. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Regenbogenfamilien als eine gleichwertige Familienform unter vielen in Hamburger Schulen und Kindertagesstätten als Thema berücksichtigt werden? Wenn ja, wie?

Antwort:

DIE LINKE plädiert für einen ganzheitlichen Beratungsansatz, der die spezifischen Bedürfnisse Einzelner berücksichtigt. In diesem Sinne sollten die Fachkräfte in der Familienberatung so fortgebildet werden, dass auch die Belange von Regenbogenfamilien adäquat einbezogen werden in die Beratungsarbeit.

Für die LINKE ist die Regenbogenfamilie eine gleichwertige Lebensform unter vielen. Diskriminierung in diesem Bereich, so sie in Schulen und Kitas vorkommt, muss bekämpft, die LehrerInnen und ErzieherInnen fortgebildet und Regenbogenfamilien gleichberechtigt einbezogen werden. Das kann im Rahmen von Elternabenden oder auch Seminaren geschehen.

12. Januar 2015

4. Asyl, Einwanderung und Integration

Hamburg ist eine Stadt mit Einwanderungskultur. Oft wird nicht wahrgenommen, dass zu den Einwander/innen und ihren Kindern und Enkel/innen selbstverständlich auch LSBTI gehören. Diese erfahren häufig Mehrfachdiskriminierung. Innerhalb der Weißen Mehrheitsgesellschaft erleben sie Rassismus und fehlende Chancengleichheit. In manchen migrantischen Communities sind LSBTI-Lebensweisen zudem nahezu vollständig tabuisiert oder nicht akzeptiert. Es wurde lange auch keine gezielte Ansprache entwickelt, um Einwander/innen am gesellschaftlichen Prozess der Enttabuisierung von LSBTI teilhaben zu lassen und sie dabei mitzunehmen. Das muss sich deutlich ändern. Hierzu sind gezielte Aufklärungsmaßnahmen notwendig.

4.1. Wollen Sie Beratungsangebote und Selbsthilfegruppen für Isbti-lebende Einwander/innen unterstützen? Wenn ja, wie wollen Sie diese fördern?

4.2. Setzen Sie sich für muttersprachlich orientierte Aufklärungskampagnen und -materialien für LSBTI-Themen ein? Wenn ja, wie?

4.3. Wollen Sie sicherstellen, dass in Integrationsprogrammen und -maßnahmen die Lebenssituation von LSBTI vermittelt werden? Was beabsichtigen Sie dafür zu tun?

4.4. Wie stehen Sie zu der Aufnahme von LSBTI, die in ihren Heimatländern aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität verfolgt werden?

Antwort:

DIE LINKE plädiert dafür, dass Menschen, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Identität in ihren Heimatländern verfolgt werden, in Deutschland Asyl gewährt wird.

Beratungsangebote und auch die Förderung von Gruppen von Isbti-lebenden EinwanderInnen müssen ausgebaut und gefördert werden. Dazu können in den vorhandenen Beratungsstellen Angebote geschaffen werden. Die Community ist hierbei einzubeziehen.

Muttersprachliche Aufklärungsangebote und -materialien sollten in den wichtigsten Sprachen angeboten werden. Hierbei könnten die Vereine der Community einen unterstützenden Beitrag leisten, insbesondere bei der fachlichen Erarbeitung.

12. Januar 2015

5. Hamburg im Bundesrat

Auch auf der Bundesebene gibt es Felder, an denen sich für die Belange von LSBTI einzusetzen gilt. Dazu gehören das gemeinsame Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare bzw. die Öffnung der Ehe und die Ergänzung von Art.3 im Grundgesetz um das Merkmal der sexuellen Identität.

5.1. Werden Sie sich im Bundesrat für ein gemeinsames Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare einsetzen?

5.2. Werden Sie sich gemäß des Bundesratsbeschlusses vom 22. März 2013 weiterhin für eine Öffnung der Ehe durch Änderung von § 1353 im Bürgerlichen Gesetzbuch einsetzen?

5.3. Werden Sie sich im Bundesrat für die Ergänzung von Artikel 3 im Grundgesetz um das Merkmal der sexuellen Identität einsetzen?

Antwort:

DIE LINKE. ist für ein Adoptionsrecht für Homosexuelle. Auch hier gilt es, bestehende Diskriminierungen abzubauen. Die LINKE hat in der Vergangenheit entsprechende Initiativen im Bundestag ergriffen und würde natürlich auch eine Bundesratsinitiative von Hamburg unterstützen.

Einer der ersten Anträge, die die LINKE in der 18. Wahlperiode im Deutschen Bundestag gestellt hat, war der Antrag auf die vollständige rechtliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften mit der Ehe.

DIE LINKE hat in der vergangenen 17. Wahlperiode einen entsprechenden Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht (17/472. Dieser Antrag ist damals von der Mehrheit von CDU/CSU und FDP abgelehnt worden. Auch in dieser Wahlperiode wird die LINKE entsprechende Initiativen ergreifen. Auch die neuen Landesregierungen in Brandenburg und Thüringen, an denen die LINKE beteiligt ist, planen entsprechende Initiativen. Wir würden auch eine entsprechende Initiative des künftigen Hamburger Senates unterstützen.

12. Januar 2015

6. Hamburg international

Hamburg unterhält eine Vielzahl an internationalen Beziehungen und empfängt regelmäßig internationale Gäste und Delegationen. Darunter auch aus Staaten, in denen Homosexualität kriminalisiert ist und LSBTI geächtet und verfolgt werden. Diese Besuche bieten Gelegenheit die Menschenrechte von LSBTI anzusprechen und deutlich zu machen, dass der Schutz von Minderheiten zu den demokratischen Grundwerten gehört. Seit Jahren nutzt die Stadt Hamburg die Städtepartnerschaft mit St. Petersburg für den Austausch mit russischen LSBTIs.

6.1. Beabsichtigen Sie, innerhalb der bestehenden internationalen Beziehungen Hamburgs für gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt für LSBTI zu werben? Wenn ja, wie?

6.2. Beabsichtigen Sie weiterhin im Rahmen der Städtepartnerschaft mit St. Petersburg den Dialog über LSBTI-Menschenrechte zu suchen und den Austausch und Besuch russischer Aktivist/innen zu unterstützen.

Antwort:

Hamburg steht in der Verantwortung sich als offene, demokratische und plurale Stadt in der Welt zu präsentieren, die offen für unterschiedliche Lebensentwürfe ist. Dabei muss die Stadt immer auch gegen Diskriminierung von LSBTI in anderen Ländern auftreten und Position gegen Homo- und Transphobie beziehen. Das könnte auch dadurch geschehen, etwa Delegationen zu den CSD in anderen Städten zu senden oder LSBTI in Hamburger Delegationen aufzunehmen.

DIE LINKE spricht sich dafür aus, die Verfolgung von LSBTI in Russland im Rahmen der Städtepartnerschaft offen anzusprechen und dafür zu streiten, dass Diskriminierungen und homo- und transphobe Gesetze in Russland beseitigt werden. Die Stadt sollte im Rahmen ihrer Partnerschaft die Dialog mit den MenschenrechtlerInnen in St. Petersburg aktiv und selbstbewusst suchen, auch mit den VertreterInnen der LSBTI-Gruppen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, VertreterInnen der LSBTI-Community auch regelmäßig zum Meinungsaustausch nach Hamburg einzuladen.